

Integrationsmaßnahmen! Grazer MigrantInnenbeirat fordert die Umsetzung des Arbeitsübereinkommens zwischen der ÖVP und SPÖ in Graz

Integration in der Praxis bedeutet, Chancengleichheit zu ermöglichen und durch gezielte Maßnahmen die notwendigen Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen.

Im Zuge der Gemeinderatswahlen 2003 ist der Grazer MigrantInnenbeirat an die im GR vertretenen politischen Parteien herangetreten. Alle Parteien sind sich darin einig gewesen, ein **Sachprogramm für Integration in Graz** zu erarbeiten und umzusetzen.

Seit März 2003 sind zwar da und dort einzelne Schritte erfolgt, die Erarbeitung eines Sachprogramms für Integration wurde bis dato aber nicht in Angriff genommen.

Graz bekennt sich zu einer Politik der Integration, ein Bekenntnis das sich auch im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ wiederfindet. **Jetzt müssen aber Taten folgen!**

Der Grazer MigrantInnenbeirat fordert die Umsetzung der im Arbeitsübereinkommen zwischen der ÖVP und der SPÖ festgelegten Maßnahmen - allen voran die Ausarbeitung und Umsetzung eines Sachprogramms für Integration!

Dabei müssen die Themenbereiche Wohnen und Bildung besonders berücksichtigt werden. Die überwiegende Mehrheit der AusländerInnen in Graz (ArbeitsmigrantInnen) arbeitet und bezahlt Steuern. Die MigrantInnen bezahlen auch einen Wohnbauförderungsbeitrag, mit dem auch Gemeindewohnung und vom Land geförderte Wohnbauten finanziert werden. Sie dürfen aber keine Gemeindewohnungen beziehen. **Das ist eine klare Ungleichbehandlung und Diskriminierung, die geändert werden muss.**

Für den Bezug der Wohnbeihilfe und den Zugang zum geförderten Wohnbau (Landesgesetz) müssen MigrantInnen mind. 5 Jahre warten. Angesichts der Tatsache, dass gerade in den ersten Jahren der Migration eine stärkere Unterstützung notwendig ist, widerspricht **diese Regelung des Landes** der Grundidee der Integration; **dadurch wird Segregation und Ghettobildung gefördert.**

Im Bereich der Schulbildung und des Spracherwerbs (Deutschkurse und Alphabetisierung) sind die damit befassten Einrichtungen und Schulen mit massiven Sparmaßnahmen (Finanzmittel und Personal) konfrontiert, sodass die Integrationsarbeit im ausreichenden Maß praktisch nicht möglich ist. Für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen **müssen Ressourcen freigemacht werden.** Nur dadurch können Integrationsmaßnahmen greifen und längerfristig positive Entwicklungen herbeiführen!

Die Politik ist aufgefordert, angesichts der Entwicklungen in Frankreich, im Sinne der Integration und des friedlichen Zusammenlebens zu handeln; zumal Graz Menschenrechtsstadt und Kulturhauptstadt Europas ist. Unsere Tagung im Rathaus soll dabei einen positiven Beitrag leisten!